

Zweibrücken macht Schluss

Ende vergangenen Jahres strich der Bund Mittel für Sozialarbeit an Grundschulen und Gymnasien. Wenn die Stellen erhalten bleiben sollen, müssen die Kommunen selbst dafür zahlen. Zweibrücken tut das nicht, andere Pfälzer Städte wollen weitermachen

VON ANTONIA KURZ

ZWEIBRÜCKEN. In Zweibrücken wird es ab dem neuen Schuljahr an den Grundschulen keine Sozialarbeit mehr geben – weil der Bund die Schulsozialarbeit nicht mehr fördere und die Stadt die Kosten von 90.000 Euro nicht aufbringen könne, sagt ihr Sprecher Heinz Braun. Das Geld würde angesichts der angespannten Finanzlage der Stadt von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt, da es sich bei Schulsozialarbeit um eine freiwillige Leistung handle. Stattdessen sollen Zweibrückens Schulden verringert werden.

Es geht um drei halbe Stellen, die wohl wegfallen werden. Die Stadt hatte einen Vertrag mit dem Fortbildungsinstitut Internationaler Bund (IB) geschlossen, der das Personal für eine Art mobile Schulsozialarbeit gestellt habe. „Bei Bedarf waren sie an den acht Zweibrücker Grundschulen vor Ort“, so Braun. Dass das nun nicht mehr so sein soll, hat Protest hervorgerufen: Eltern von Grundschulern haben über 800 Unterschriften gesammelt und an das Land weitergeleitet. Und laut Braun steht auch die Stadt hinter den Protesten.

Dass die Bundesmittel wegfallen, hat nicht nur in Zweibrücken Folgen. Seit 2011 waren 400 Millionen Euro als Teil des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) an die Länder geflossen. Elf Millionen waren an Rheinland-Pfalz gegangen. Angesichts der angespannten finanziellen Lage wollte das Land die wegfallenden Bundesmittel aber nur teilweise ausgleichen. 178 von 388 Stellen in der rheinland-pfälzischen Schulsozialarbeit sind nun bedroht, denn die Aufstockung der Mittel von 2,5 auf 5,6 Millionen durch das Land für den Doppelhaushalt 2014/15 reicht nicht aus, um die Streichung der Bundesmittel zu kompensieren.

Die Mainzer Kinder- und Jugendministerin Irene Alt (Grüne) kritisierte die Entscheidung des Bundes, die Förderung einzustellen. Rheinland-Pfalz habe zusammen mit sechs anderen Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein) bereits im Mai 2013 eine Bundesratsinitiative eingebracht, damit die Bundesmittel weiterhin bereitgestellt werden. Die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung sei jedoch nicht auf diesen Vorstoß eingegangen, teilte das Familienministerium mit.

Fraglich

VON ANTONIA KURZ

Die Stichproben an Pfälzer Schulen zeigen, dass nur wenige Sozialarbeiter an Grundschulen und Gymnasien um ihre Jobs bangen müssen. Die Städte Ludwigshafen, Neustadt und Kaiserslautern haben beschlossen, die gestrichenen Bundesmittel aus eigener Kraft und mithilfe des Landes auszugleichen. Zweibrücken, wo die Sozialarbeit an Grundschulen wegfällt, scheint eine Ausnahme zu sein. Grundsätzlich ist zu fragen, ob auf Biegen und Brechen wirklich jede Stelle erhalten bleiben muss. Sozialarbeiter an Grundschulen können schwierige Fälle früh betreuen und präventiv arbeiten. An Gymnasien aber dürften die Probleme weniger dringlich sein. Hier bietet es sich zum Beispiel auch an, ein Team aus mobilen Sozialarbeitern zusammenzustellen, das die Schulen einer Stadt abdeckt.



Beraten, Freizeitangebote machen, Konflikte schlichten, den Kontakt zu den Eltern pflegen: All das gehört zu den Aufgaben von Schulsozialarbeitern.

FOTO: DPA

Besonders bedroht sind Stellen an Grundschulen und Gymnasien, denn diese wurden über den Bund finanziert. Die Landesmittel sind für die Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen vorgesehen. Es liegt nun an den Kommunen, ob sie Schulsozialarbeiter finanzieren. Geld dafür ist theoretisch da. Der Bund hat die Mittel zwar gekürzt, doch die Kommunen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende entlastet. „Damit stehen den Kommunen ab 2014 im Vergleich zum Vorjahr überproportional mehr Mittel zur Verfügung“, so eine Sprecherin des Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Tatsächlich sieht es nicht überall in der Pfalz so aus wie in Zweibrücken. In Ludwigshafen zum Beispiel bleiben die Stellen an Grundschulen und Gymnasien unbefristet erhalten – wenn die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) den Stellenplan genehmigt. Im Januar sah das noch anders aus. Die Hälfte der insgesamt 19 Stellen sollte wegfallen. Anfang

April entschied der Stadtrat, die Schulsozialarbeit auf dem bisherigen Stundenniveau zu halten. 2014 beteiligt sich die Stadt nach eigenen Angaben mit 43.000 Euro an den Kosten zusätzlich zum bisherigen Finanzierungsanteil. Man werde zudem die Kostenbeteiligung an der Schulsozialarbeit weiter intensiv mit dem Bund und dem Land Rheinland-Pfalz verhandeln.

5,5 Stellen für Sozialarbeiter in Neustadter Schulen kosten pro Jahr 100 000 Euro.

Zu dem Ergebnis, dass die Schulsozialarbeit erhalten bleiben muss, ist man auch in Neustadt gekommen. Die Kommune will die gekürzten Bundesmittel weitgehend ausgleichen. Die Stadt hat nun bestätigt, dass die 1,5 von einer Streichung bedrohten Stellen an Grundschulen seit Beginn 2014 unbefristet sind. Schon Ende 2013 habe die Stadt die Bitte von zwei Grund-

schulen erreicht, dass die mobile Schulsozialarbeit weitergeführt wird. Insgesamt gibt es in Neustadt 5,5 Stellen für Schulsozialarbeit, die teilweise von der Stadt und vom Land mitgetragen werden. Die Kosten belaufen sich auf 100.000 Euro pro Jahr.

Auch in Kaiserslautern soll die Streichung der Bundesmittel erst einmal keine Konsequenzen haben. Insgesamt gibt es dort 19 Stellen, knapp die Hälfte war bedroht. Der Stadtrat habe im April beschlossen, die Stellen bis zum 31. Juli 2015 zu sichern, so Willi Gillmann, Leiter des Referats Jugend und Sport. Im Frühjahr kommenden Jahres werde dann erneut verhandelt. Die Entscheidung, die Stellen im Zeitraum August 2014 bis Juli 2015 zu erhalten, kostet die Stadt 490.000 Euro zusätzlich.

Im März dieses Jahres wurde dieser Entschluss bekräftigt. Die Schulsozialarbeit stelle eine wichtige Schnittstelle zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Schule und Elternhaus dar, heißt es vonseiten der Stadt.

EINWURF